

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Challen-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt“ Nr. 6850-52.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Preiskarte: Durch den Verlag bezogen: Mt. 2.50 monatlich, Mt. 11.00 vierteljährlich, ohne
Traglohn; durch die Post bezogen: Mt. 4.75 monatlich, Mt. 14.25 vierteljährlich, ohne Post-
geld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Kioskbetriebe, die Träger und alle
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Ortsliche Anzeigen Mt. 1.25, auswärtige Anzeigen Mt. 1.80, örtliche Reklamen Mt. 1.—
auswärtige Reklamen Mt. 7.— für die empfangene Kolonnenzeile oder deren Raum. — Bei wieder-
holter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Rabatt. — Schluß der Anzeigen-
annahme für beide Ausgaben 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Samstag, 30. Oktober 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 510. • 68. Jahrgang.

Dr. Simons über die auswärtige Lage.

Br. Berlin, 29. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Nach einer großen Anzahl kleiner Anfragen, die von den einzelnen Regierungsvertretern beantwortet wurden, nahm im Reichstag

Außenminister Dr. Simons

das Wort, um zu verschiedenen außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, die seitens von den Parteiführern angeregt worden waren. Dr. Simons wandte sich zunächst gegen den Grafen Westarp, der den Versailler Vertrag nicht anerkennen will. Demgegenüber müßte hervorgehoben werden, daß der Vertrag von der Regierung unterzeichnet sei und infolgedessen müssen wir ihn bis zur Grenze der Leistungsmöglichkeit erfüllen. Wenn wir uns weigerten, die Wiederherstellungen zu erfüllen, so würde Europa eine offene Wunde behalten, die es nicht mehr zur Ruhe kommen lassen würde. Dr. Simons ging dann auf die geforderte Ablieferung der 800 000 Reichsmark ein. Es handle sich dabei aber nur um eine von der Entente angemeldete Liste, der die deutsche Regierung noch keineswegs zugestimmt habe. Ausschlaggebend sei die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Der Minister erklärte abschließend, daß es jetzt darauf ankomme, alle etwaige Gewaltmaßnahmen gegen uns abzuwenden. Dr. Simons bestrich hierauf die Interpellation über

die Dieselmotore.

Die Kontrollkommission der Entente hatte schon im April die Forderung der Zerstückung aller in Kriegsschiffen und Unterseebooten eingebauten Maschinen verlangt. Die deutsche Regierung hatte sich der Zerstückung der Dieselmotore von vornherein widersetzt. Wir haben nunmehr eine neue Note an die Vorkontrollkommission geschrieben, in welcher wir unsere Rechtsauffassung noch einmal darlegten. Die Vorkontrollkommission hat sich bereit erklärt, ihrerseits zu warten, bis die Note der deutschen Regierung eingelaufen ist. Diese Note wird heute der Vorkontrollkommission übergeben werden. Der Rechtsstandpunkt der deutschen Regierung ist klar und einfach. Der Minister zählte alle die schwerwiegenden Konsequenzen auf, die sich aus der Auslieferung der Dieselmotore für die Industrie und Kaufmannschaft für Deutschland ergeben würden. Die Regierung müßte also gegenüber der Zumutung der Entente mit einem entschiedenen Nein antworten. Entscheidend sei der letzte Schritt der englischen Regierung, auf den § 18 des Friedensvertrages zu verzichten, wonach sich die Entente das Recht vorbehält, deutsches Eigentum, welches bereits nach dem Friedensschluß im Ausland erworben wurde, zu beschlagnahmen, weil Deutschland den Friedensvertrag nicht erfüllt. Auch Italien hat gewisse Erleichterungen in dieser Hinsicht Deutschland gegenüber zugesprochen. Der Minister versicherte, das Auswärtige Amt sei bemüht, die Aufhebung der Sequester deutschen Eigentums in dem früheren feindlichen Ausland zu erreichen. Es ist den Bemühungen des Auswärtigen Amtes gelungen, von Italien das Zugeständnis zu erhalten, daß deutsche Vermögen unter einem Werte von 5000 Lire freigegeben werden sollen. Auch mit Japan ist eine gleichartige Vereinbarung getroffen, wo die Grenze auf 100 000 Yen festgesetzt ist. Die Verhandlungen mit Belgien, die ursprünglich gute Aussichten auf Erfolg zu haben schienen, sind ins Stocken geraten. Mit Polen schweben andererseits Verhandlungen. Abschließend ging der Minister auf

die Konferenzen von Spa und Brüssel

ein und sagte, Deutschland werde den feierlichst gemachten Zusagen entsprechen. Er erwartete die Einladung zu der Konferenz in Gen. Dr. Simons hob hervor, die französische Regierung verfolge jetzt anscheinend eine Politik, der man mit Interesse entgegensehen könne. Mit dem französischen Botschafter werde man wie mit einem verlässlichen Politiker und Geschäftsmann arbeiten können. In unserem Verhältnis zu Belgien liebe die Frage von Eupen und Namur im Vordergrund. Was Italien anbetrifft, so seien die Verbindungen wieder aufgenommen dank der engen wirtschaftlichen Fäden, die beide Länder miteinander verbinden. Den Streitpunkt bilde Südtirol. Der Minister erwähnte dann mit Anerkennung die Tätigkeit des scheidenden Botschafters de Martino. Mit dem neuen Botschafter, Senator Frattini, hoffe er auf der gleichen Basis arbeiten zu können. Der zweite Punkt in unserem Verhältnis zu Jugoslawien sei Kärnten. Aber ein deutsches Kärnten dürfe in keinem Falle ein Hindernis in unserem Verhältnis mit Jugoslawien werden. Eine gewisse Frage der auswärtigen Politik sei das Verhältnis zu Polen. In Danzig berate man augenblicklich über Danzigs Schicksal. Aber wie die Sache auszuliegen möge; Danzig ist deutsch und bleibt deutsch! Im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stehen jetzt die Verkehrsverhältnisse zwischen Deutschland und Litauen und die Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen. Die erste Angelegenheit sei abhängig von den zwischen Deutschland und Polen geführten Verhandlungen, deren wichtigster Gegenstand das allgemeine Wirtschaftsabkommen sei. Augenblicklich bestehe eine wirtschaftliche Sperre gegen Polen, die die deutsche Regierung nicht leichten Vermögens vorgenommen habe. Aber auch die davon betroffenen Industrien leben ein, daß der beschrittene Weg bis zum Ziele gelangen werden müsse. Zu

Oberschlesien

Überschlesien, sagte der Minister, diese Angelegenheit sei deswegen so kompliziert, weil sie geradezu eine europäisch-politische Frage sei. Auch heute noch sei er der Meinung, daß ein Verzicht auf die Abtretung das beste sei. In dem Kampfe zwischen Polen und Litauen beachte Deutschland eine unparteiische Neutralität, ebenso wie bei dem Kampfe zwischen Polen und Rußland. Mit der Zulassung russischer Agitatoren nach Deutschland hätte die Regierung trübe Erfahrungen gemacht und werde in Zukunft sich die Leute zweimal anheben, denen sie die Einreiseerlaubnis erteile. Das bisher die Regierung des Generals Wrangel und der Ukraine von Deutschland nicht anerkannt seien, sei in den unübersichtlichen Verhältnissen begründet. Mit Litauen würde augenblicklich über ein vorläufiges Abkommen wirtschaftlicher Natur verhandelt, ebenso mit Japan.

Auf die schließlichen Bemerkungen des Abg. Trimborn erwiderte bezüglich der ungenügenden Berücksichtigung

der Katholiken bei Belegung des Auswärtigen Amtes erklärte der Minister, er habe bei der Belegung der Stellen bisher noch niemals nach der Konfession getrachtet. Er müsse aber darauf hinweisen, daß der Inhaber des allerwichtigsten Postens, nämlich der Botschaft in Paris, ein Führer der Katholiken sei. Ferner sei auch der Rangel eines Nationalfeierliedes bestritten worden. Dem schließe er sich an. Aber er gehe noch weiter und beklage den Rangel eines Nationalliedes. Auf eine für die deutsche Regierung, welche denn jetzt das deutsche Nationallied sei, habe er vorgeschlagen zu antworten, wir haben keines. Aber das Verhältnis zu Amerika zu lösen, halte er im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Präsidentenwahl nicht für ratsam. Gerade jetzt, wo uns die Macht mit Gewalt angenommen wurde, sei es rechtlich, auf den alten Gedanken der deutschen Genossenschaft zurückzugehen. So lange er die Ehre habe, Außenminister zu sein, sei er fest entschlossen, die deutsche Außenpolitik nach diesem Gesichtspunkt zu leiten.

Nach den Ausführungen des Außenministers ergriff für die Deutsche Volkspartei der Abg. Stresemann das Wort und führte aus, er sei mit der außenpolitischen Haltung des Außenministers einverstanden. Nur hätte er gewünscht, daß wegen der Ablieferung der Reichsmark von Deutschland die darauf hingewiesen worden wäre, daß für Deutschland der Rangel an Reichsmark katastrophal sei. Es sei Beschwerde erhoben worden, daß wegen einer Veröffentlichung des Majors v. Stülpenagel die Vorwürfe, die Deutschland hinsichtlich der Kriegsverbrechen gegenüber den Feinden gegenüber geltend machen könne, ein Verfahren eingeleitet worden sei. Eine klare Stellungnahme in dieser Angelegenheit sei dringend erforderlich, und er wüßte zu begreifen, warum denn keine amtliche Veröffentlichung der deutschen Regierung über die Behandlung unserer Kriegsverbrechen auf Grund des Materials erfolgt sei, das beim Auswärtigen Amt liege. Die Abg. Graf Westarp und Scheidemann haben die Anfrage gestellt, wie sich die Deutsche Volkspartei zur Sozialisierungsfrage stellt. Wir erkennen grundsätzlich an, daß die Bodenrichte der Allgemeinheit gehören. Das hat jedoch absolut nichts mit der Frage zu tun, ob die Überführung der Bodenrichte in die Hand des Staates ratsam ist. Bezüglich der Arbeitslosigkeit unterstrich der Redner die Ausführungen des Finanzministers über die verhängnisvollen Wirkungen der schematischen Behandlung des Arbeitsvertrages auf die Reichsfinanzen. In der Behandlung der oberirdischen Frage würde er namentlich in psychologischer Einwirkung auf die Oberleitung eine starke Initiative der führenden Persönlichkeiten begrüßen. Die gestrigen Ausführungen des Reichsministers des Innern, daß die Gewährung der Autonomie für Oberschlesien keinen Vorbehalt für andere Reichsgebiete schaffe, begrüße er. Seine Partei wolle keine Auslösung Preußens. Sie werde sich dagegen mit aller Kraft wenden.

Als nächster Redner erklärte Abg. Crispian (Rechte U. S. P.): Außenpolitisch beherrsche die Bourgeoisie die Situation. Ein Mann, der so arm an Hoffnung sei wie der jetzige Reichskanzler nach seiner letzten Rede, sollte sich einen anderen Posten suchen. Der angelegentlichste Kampf gegen die Kommunisten richte sich nicht nur gegen diese, sondern gegen die ganze Arbeiterklasse, die Rechtssozialisten einrechen. Die Sozialisierung sei eine Machtsache. Unterliegen oder siegen, wird es heißen. Damit wir siegen, muß die Arbeiterklasse gerüstet werden zum Kampf. Der Herr Reichskanzler laute in seiner Einseitigkeit, es gibt keinen Militarismus in Deutschland mehr. Das ist ansehnlich der Drossel und der Einwohnerwehren eine Lüge vor der Weltgeschichte. Die Bourgeoisie ist heute noch stärker bewaffnet als vor der Entlassungsaktion. Heute werden doch noch 5 Milliarden für den offenen deutschen Militarismus in diesem Jahre gefordert. Die Reichswehr ist eine Belastungsanstalt für die Generale, die Millionen deutscher Soldaten auf die Schlachtbank geführt haben. Durch die Ernährungslosigkeit des Herrn Hermes ist die Nahrungsfrage noch schlechter geworden. Eine Einigung mit den Rechtssozialisten kann für uns nicht in Frage kommen. In Rußland hat nicht das Kätelement verlagert, sondern die Densität einer kleinen Kaste.

Abg. Heim (Vater. Bot.): Es ist bedauerlich, daß in dieser schweren Zeit die parteipolitischen Interessen in den Vordergrund gestellt werden. Das Renetel steht an der Wand. Es gibt keine Partei, die uns retten kann, auch keinen harten Mann. Unsere Notlage ist gar kein deutsches Problem, sondern ein europäisches.

Das Wort zu persönlichen Bemerkungen erhielten noch der Staatssekretär für die Entlohnung Peters, ferner die Abg. Gräfe und Graf Westarp. Dann wurde die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr: Fortsetzung der Debatte über den Hausbau.

Der Fall Hermes vor dem Haushaltsausschuß.

Am Berlin, 29. Okt. Im Haushaltsausschuß des Reichstages behandelte die Kommission den Fall Hermes. Der Reichskanzler habe alles eingehend geprüft und sei zufrieden mit der Auffassung gekommen, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit Dr. Hermes außer allem Zweifel sei, daß er wohl über Angaben gemacht habe, deren statistische Notwendigkeit man bezweifeln könne. Abg. Herz (U. S. P.) erklärte, daß die Ehrenhaftigkeit Dr. Hermes nicht angezweifelt werden sei. Es handle sich vielmehr um eine politische Korruption. Das Verhalten des Ministers sei bedauerlich gewesen. Reichskanzler Behrensdach wendete zu der Frage Herz, wie Dr. Hermes Landwirtschafminister geworden sei: Dr. Hermes sei Minister geworden, als er (Behrensdach) noch nicht Kanzler gewesen sei. Hermes sei leinzeitlich von der Zentrumspartei als Nachmann für das Landwirtschaftsministerium vorgeschlagen worden, weil die Landwirte ihn hierfür geeignet gehalten hätten. Nach der Reichstagswahl betonte, daß das Kabinett nur die amtierende Ehrenhaftigkeit des Ministers zu prüfen gehabt hätte.

Die Verfassungsberatung in der Landesversammlung.

Bd. Berlin, 29. Oktober.

In der heutigen Sitzung wurde die zweite Lesung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen fortgesetzt. Die Beratung des § 1 war gestern abgeschlossen, die Abstimmung auf heute vertagt worden. Es gelangte ein Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, „Die Landesfarben sind Schwarz-Weiß“, mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien zur Annahme. § 1 wurde darauf in folgender Fassung: „Preußen ist eine Republik und Glied des Deutschen Reiches. Die nach der Reichsverfassung erforderliche Zustimmung Preußens zu Gebietsänderungen erfolgt durch Gesetz. Die Landesfarben sind Schwarz-Weiß“ gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Damit ist zugleich der Abschnitt 1 „Der Staat“ erledigt.

Der Abschnitt 2 handelt von der Staatsgewalt. Ihr Träger ist nach § 2 die Gesamtheit des Volkes.

Nach § 3 ruht die Ausübung des Stimmrechtes für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Die beiden sozialdemokratischen Parteien beantragen, das Wort Soldaten zu streichen. An seine Stelle soll die Bezeichnung Angehörige der Wehrmacht und der Reichsmarine treten. Die Anträge wurden abgelehnt und die ursprüngliche Fassung angenommen.

Nach § 4 ist das Staatsministerium die oberste, vollziehende und leitende Behörde des Staates.

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei beantragen an Stelle dieser Bestimmung die Wahlen über die Funktionen eines Staatspräsidenten zu legen. In großen Staaten sei ein Staatspräsident unerlässlich. Auch diese Anträge wurden gegen die Rechte abgelehnt. Es bleibt bei der Fassung des Abschnittes.

Nach § 4a wird die Rechtsprechung durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Richter ausgeübt.

Abg. Dr. Cohn (U. S. P.) beantragte die Streichung, da die Rechtsprechung zur Zuständigkeit des Reiches gehöre. Die Art, die in der letzten Zeit viele Richter in Widerspruch mit dem Rechtsgesetz des Volkes gesetzt habe, lasse es unendlich erscheinen, die Unabhängigkeit der Richter in der Verfassung festzusetzen.

Abg. Heilmann (Soz.) stimmte dem abschließlichen Urteil des Abg. Cohn über die Art der Rechtsprechung zu.

Abg. Reimke (Zentr.) legte namens seiner Fraktion den schließlichen Protest ein gegen die Berufung des preussischen Richtertums durch die sozialdemokratischen Richter.

Nach hier wurde die Fassung des Abschnittes aufrecht erhalten.

Der Abschnitt 3 handelt von Landtag.

Ein Antrag der Sozialdemokraten, auch das Wahlverfahren auf 20 Jahre herabzusetzen, wurde abgelehnt. § 7a dieses Abschnittes besagt, daß Staatsbeamte und Arbeiter und solche der Körperschaften des öffentlichen Rechtes zur Ausübung der Tätigkeit als Abgeordneter seines Glaubens bedürfen, und der ihnen zur Vorbereitung ihrer Wahl erforderliche Urlaub zu gewähren ist.

Die Abg. Dr. Forst und Genossen (Zentr.) beantragen hierzu einen Absatz 4 wie folgt:

Die den Religionsgesellschaften auf Grund des Artikels 137 der Reichsverfassung zustehenden Rechte werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Diesen Antrag begründete Abg. Prof. Dauscher (Zentr.).

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, desgleichen ein Antrag Reimke (D. Volksp.), wonach die beiden Oberverwaltungsrichter nicht auf Vorschlag des Gerichtspräsidenten vom Staatsministerium, sondern unmittelbar vom Präsidium des Oberverwaltungsgerichtes zu bestellen sind. Im übrigen blieb es bei der ursprünglichen Fassung.

Der Abschnitt 3a (§§ 24 und 25) behandelt den Staatsrat, der zur Vertretung der Provinzen bei der Gesetzgebung und Verwaltung gebildet werden soll. Jede Provinz soll auf je 500 000 Einwohner einen, mindestens aber drei Vertreter in den Staatsrat entsenden. Die Vertreter werden von den Provinziallandtagen nach dem Verhältniswahlsystem gewählt. Der Staatsrat hat Einspruchsrecht gegen die vom Landtag beschlossenen Gesetze. Die Beratung wurde ausgesetzt auf die Bestimmungen über die Auflösung des Landtages und die Kabinettsbildung und auf Samstag, 11 Uhr, vertagt.

Unhaltbare Zustände auf den staatlichen Gruben.

Am Berlin, 29. Okt. Der Hauptausschuß der Landesversammlung nahm einen Bericht seines Unterausschusses zur Kenntnis, der zur Klärung der Verhältnisse auf den staatlichen Gruben im Ruhrrevier eingesetzt war. Die Prüfungen förderten Material zugute, nach dem manche Vorkommnisse auf den staatlichen Gruben, z. B. bei der Lieferung von Grubensolda, nahe an Bestimmungen grenzen. Man wurde sich daher darüber einig, beim Plenum die Einsetzung eines Unterausschusses zu beantragen.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Br. Berlin, 30. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der große Ausschuß des Reichskohlenrats und der Reichskohlenverband hielten gestern eine Sitzung ab, die sich mit der neuen Erhöhung des Kohlenpreises des rheinisch-westfälischen Kohlensozialist befachte. Der Bevollmächtigte des Reichswirtschaftsministeriums erklärte, daß das Kabinett einer Kohlenpreiserhöhung nicht zustimmen könne. Trotzdem stimmte der große Ausschuß dem Antrag einer Erhöhung von 15 M. pro Tonne als Ausgleich für die durch Schiedspruch dem Ruhrbergbau auferlegte Lohnerhöhung mit 16 gegen 2 Stimmen zu. In der Verhandlung mit der Regierung war von Seiten der Bergleute zahlenmäßig die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung nachgewiesen worden. Auch von Verbrauchersseite wurde anerkannt, daß dem Bergbau die zur Förderung seiner Produktion nötigen Mittel gewährt werden müssen.

Der Streit der Unabhängigen.

Am Berlin, 30. Okt. Wie die Blätter melden, hat das neukommunistische Zentralkomitee beim Landgericht I in Berlin den Antrag gestellt, Dittmann, Frau Dieß und Crispian das Betreten des Parteibureaus am Schiffbauerdamm zu verbieten.



Beste Betten zu sehr niedrigen Preisen!

Durch zentralisierten Einkauf für 6 erste Spezial-
:: geschäfte ganz besondere Leistungsfähigkeit. ::

Matratzen aus eigenen Werkstätten.

- Seegrasmattmatratzen**, 3teilig, mit Keil, Mk. 450.—, 375.—, 250.—, 175.—, **125.—**
 - Wollmatratzen**, 3teilig, mit Keil, Mk. 625.—, 425.—, 330.—, **285.—**
 - Kapokmatratzen** Mk. 875.—, 775.—, **600.—**
- Feinste Rohhaarmatratzen. —

- Schlafdecken**, Wolle u. Halbwolle, Mk. 475.—, 390.—, 180.—, **87.50**
- Stoppdecken** Mk. 375.—, 230.—, **195.—**
- Daunendecken**, beste Ausführung, besonders preiswert.
- Schlafzimmer**, Mahagoni, Birke, Eiche, Rüstern u. lackiert, feinste Ausarbeitung, Mk. 19750.—, 9500.—, 6000.—, 4200.—, **3000.—**
- Weißlackierte Ankleide- und Wäscheschränke, Spiegel-schränke, Waschkommoden, Nachtschr., Tische, Stühle.



- Metallbetten** Mk. 625.— bis **65.—**
- Kinderbetten** neue Formen, sehr preiswert.
- Patentmatratzen** Mk. 195.—, 165.—, **95.—**

Deckbetten Mk. 650, 450, 320, **230.**
Kissen Mk. 180, 140, 120, 95, **65.**
Bettfedern Mk. 24, 14, **8.**
Daunen und Halbdaunen Mk. 95, 75, 60, **38.**

Betten-Spezialhaus **Budhdahl** Wiesbaden 4 Bärenstr. 4.

Wintergarten
Samstag, den 30. Oktober, **BALL.**
7 1/2 Uhr:
Sonntag, den 31. Oktober, nachmittags 3 Uhr:
BALL.

TAUNUS-HOTEL
Wiesbaden :: Rheinstrasse
empfiehlt sein vornehmes, gut geheiztes, behagliches
RESTAURANT
Erstklassige Küche
Diners und Soupers
in jeder gewünschten Preislage
ausserst reichhaltige Tageskarte
samtl. Delikatessen der Saison.
Gut assortierte Weinkarte. Pokalausshank.
Münchener Pilsner Urquell Dortmund Bier.
Nachmittags-Kaffee.
Reichliche Auswahl an Gebäck
:: eigener Konditorei. ::
Konzert der Hauskapelle
von 4 bis 6 und 7 bis 11 Uhr.
Besitzer: **G. Pätzold**
(früher Westminster-Palast-Hotel, Köln).

Rhein. Theater- und Konzert-Büro, Wiesbaden.
Volksunterhaltungs-Abende
Leitung: **GUSTAV JACCOBY.**
Dienstag, d. 2. November 1920, abends 8 Uhr, im Wintergarten
an Stelle des Lustigen Abends:
Musikalisch deklamatorischer Abend.
Leitung: **Gustav Jacoby.**
Mitwirkende: **Marianna Affermann, Artur Rother** (Staatstheater
Wiesbaden), **Richard von Schenck** (Opernhaus Frankfurt a. M.),
Gustav Jacoby.
Aus dem Programm: Lieder, Arien und Duette aus Opern, Klaviersolis.
Zum zweiten Male: **Das schwarze Schloß.**
Melodramatische Dichtung von H. Leis. Musik von Artur Rother.
Eintrittskarten zu Mk. 6.50, 4.50, 3.50, 2.50, 1.50 Sonntag vorm.
9-12 Uhr an der Kasse der Turngesellschaft und ab heute im Rhein.
Theater- u. Konzert-Büro und in den Musikalienhandlungen Schellen-
berg und Stöppler. 1204
Gelöste Karten behalten ihre Gültigkeit.

Annoncen-Expedition Annahme o. Inser. t. f. alle Zeitung. d. Wiesb. Rheinstr. 27 (Hauptb.)
Günstige Gelegenheit!
In amerik. steril.
Vollmilch
in grossen Weissblechdosen
per Dose **10.75 Mk.**
bei 10 Dosen **10.50 Mk.**
Sehr geeignet für Cafés, Konditoreien und Restaurants.
G. Jung, Kolonialwaren,
Sedanplatz 3.
Telephon 4521. Telephon 4521.

Restaurant „Mutter Engel“
Telephon 466. 52 Langgasse 52. Telephon 466.

Eröffnung!
Restaurant u. Café Stimmung!
vormals „Drei Kaiser“
Stiftstr. 3. Stiftstr. 3.
:: Gemütliches warmes Lokal. ::
Reichhaltige warme und kalte Speisen.
Kaffee :: Tee :: Schokolade.
Mainzer Aktien-Bier. :: Kulmbacher Rizzibier.
Prima Weine. :: Apfelwein.
Separater kleiner Saal
geeignet für Versammlungen, Vereine, Tanzstunde.
Es ladet höflichst ein
Richard Barfeldt
Mitgl. d. Zentr.-V. d. H. R. C. I.
Treffpunkt der Hotel- und Gastwirtsangestellten.

Central Hotel Central
43 Nikolausstraße 43.
Mittagstisch 10.—
Mockturtle-Suppe
Hammelkeule
Rosenkohl und Kartoffeln
Kuchen
Mittagstisch 15.—
Mockturtle-Suppe
Seelachs mit Sauce hollandaise
Kartoffeln
Hammelkeule mit Rosenkohl
und Kartoffeln
Kuchen
Ab 6 Uhr abends:
Gefüllte Gans mit Kartoffeln . . 14.—
Reichhaltige Abendkarte.
Eiere im Ausschank: Wiesbadener und Münchner.
Gutgepflegte Glas- und Flaschen-Weine.

Friedens-Delikatesse!
● Sauermanns Carbonaden-Safftrippen ●
aus eingetroffenem Waggon greifbar. 1248
Ferdinand Henckel, Wiesbaden.
Tel. 712. Feinko-tgroßhdlg.-Agentur. Albrechtsr. 11.
Prima Weißbrot (Groß-Gebacken) per 3tr. **20 Mt.**
Wirsing per 3tr. **40 Mt.**
Rohrtrabi, gelbe per 3tr. **25 Mt.**
Weißerüben per 3tr. **25 Mt.**
alles ab Lager
Rheingauer Straße 2.
Sirchner.
F. 4779.
N. S. Handelsgericht, eingetr. Sachverständiger für Kartoffeln.

Wir unterhalten reichliche Lager in
markenfreien Brennstoffen.
la friesischer u. oldenburg. Brennholz, Qualitäts-Ware
rheinische und westerwälder Braunkohlen
la Buchenscheitholz, ofenfertig, absolut trocken
la Buchen-Retortenholzkohlen, großstückige Ware
Anzündholz, fein gespalten.
Ulrich, Müller & Volz
Kohlengroßhandlung (Abteil.: Kleinverkauf).
Büro: Malzer Straße 38a (nahe d. Rheinstr.)
Fernsprecher 294. Lager am Westbahnhof.

van Baerle's
Bleichsoda
wird stets in gleicher Güte und Beschaffenheit hergestellt. Man verlange van Baerle's Bleichsoda, da nach Freigabe des Wortes Bleichsoda durch die Reichsbehörden heute auch ganz minderwertige Produkte unter der falschen Benennung Bleichsoda verkauft werden dürfen.
Preis Mk. 1.60 das Paket.
van Baerle & Co., Worms a. Rhein.
Café Storchnest
Sebnitzgasse.
Prima Kaffee u. Kuchen
Rennborische leg auf
Mietereibundverein
Anmeldungen Rheinstr. 101.
Privat-Mittagstisch
gute Zubereitung, reichl.
Scheffelstraße 10, 2 r.

Effax Schuhputz
Daß der Schuhputz keine Klage mehr,
Wie früher, sich erklärt,
Weil dazu man heutzutage
Nur: nur „EFFAX“ allbewährt.
Hochgesand & Ampt,
Seifen-, Fett- u. Chem.-Fabrik, MAINZ.
Vertretung u. Lager:
Carl Kruse, Wiesbaden,
Zietenring 13. Telephon 3981.

Pelzumarbeitungen u. Neuanfertigungen
werden fachgemäß u. billig ausgeführt, Weißfüchse wie neu gereinigt. **Moderne Pelzwaren** auf Lager. Auch Ankauf und Gerben von Fellen aller Arten wie Hasen, Kanin, Zickel, Füchse, Marder usw.
D. Brandis, Kürschner u. Pelzwaren,
Wiesbaden, Langgasse 39, l. Tel. 2024.

Wiesbadener Nachrichten.

Stadtorordnetenfassung vom 29. Oktober 1920.

Unter Leitung des stellvertretenden Stadtorordneten...

Wiesbadener Siedlungs-Gesellschaft

folgte einem früher gefassten Beschlusse gemäß, die Stadt...

Dem Ausschuss für Volkshilfsbildung...

Schulenhof zu einem städtischen Altersheim...

Einem weiteren Beschlusse gemäß wird im Vierdehof...

Mit dem Sitz in Mainz hat sich ein Wirtschaftsverband...

des Kreisrats Heilen sowie der angrenzenden Gegend...

Zu Mitgliedern der Kommission zur Beratung der...

(Netteledstraße 21); zu Mitgliedern des Ausschusses...

Den Schluss der Verhandlungen bildet die Beratung...

Ausschluss städtischer Ämter und gewerblicher Betriebe

durchzuführen, so u. a.: 1. alle und neue Bekleidungsstelle...

Verordnung, betr. beschränkte Beleuchtung von Schau...

Der Kaufmännische Verein und die Frage der Errichtung...

Die Sitzung des Landesauschusses, in welcher die...

Einfahreremissionen. Nach einer der Handelskammer...

Jedem israelischen Arbeiter ein eigenes Heim. Recht...

Warnung vor Jussus nach Frankfurt. Die Wohnungsnot...

Einheitspakete der Deutsch-Amerikaner für Deutschland...

Vaterländische. In der Woche vom 1. bis 7. November...

Deutschnationale Volkspartei. Der Vortagsabend im...

Betriebsratseinstellung. Am Montag, den 1. November...

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

ve. Ehrenheim, 29. Okt. Auch hier soll das Gedächtnis...

Gerichtssaal.

— Eine anonyme Briefschreiberin. Eine hiesige Frau...

Handelsteil.

Berliner Börse.

mz. Berlin, 29. Okt. Die starke Steigerung der Devisen...

mz. Berlin, 29. Okt. Auf Beschluß des Börsenvorstandes...

Kurs vom 29. Oktober 1920.

Table with columns: Div., Bank-Aktien, Industrie-Aktien, Div., and various stock prices.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister wurde eine Ges. in b. H. unter...

Wetterberichte.

Table with columns: Meteorologische Beobachtungen der Station Wiesbaden, 29. Oktober 1920, and weather data.

Wasserstand des Rheins

Table with columns: Wasserstand des Rheins, am 29. Oktober 1920, and water level data.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptredakteur: H. Reiff. Verantwortlich für den politischen Teil: H. G. G. für den...

